

Zum vierzigsten Jahrestag  
der Errichtung  
der Berliner Mauer

## Kein „antifaschistischer Schutzwall“

Fritz Hähle

Bis zum Bau der Mauer, der mit der Abriegelung der Grenze zwischen Ost- und Westberlin am 13. August 1961 begann, haben etwa 2,5 Millionen Deutsche das Gebiet der sowjetischen Besatzungszone und der späteren DDR in Richtung Westen verlassen. Beinahe jeder Sechste ist in den Westen geflohen. In den Tagen um den 13. August 1961 war ich als Neunzehnjähriger mit einer Gruppe der Studentengemeinde in den Sommerferien in Userin (Mecklenburg). Wir sahen, wie sich eine lange Schlange von Militärfahrzeugen in Richtung Berlin bewegte, und wir ahnten nichts Gutes. Es sprach sich dann auch bald herum: Die DDR hatte die Sektorengrenze in Berlin unter Verletzung des Vier-Mächte-Abkommens militärisch abgeriegelt. Noch am 15. Juni 1961 war von Ulbricht erklärt worden, die DDR habe nicht die Absicht, eine Mauer zu errichten. Alles Baumaterial würde gebraucht, um Wohnungen für die Werktätigen zu bauen. In den Nachrichten des DDR-Rundfunks hieß es am 13. August, Kampfgruppen der Arbeiterklasse hätten in einem heldenhaften Einsatz eine Invasion des westdeutschen Klassenfeindes verhindert und so den Frieden in Europa gesichert.

Ich kann mich noch gut an die gedrückte Stimmung erinnern, die uns den Rest des Urlaubs überschattete. Denn ab jetzt waren wir eingesperrt. Es gab kein Entrinnen mehr. Das letzte Tor, der letzte Ausweg, der bis dahin im Notfall noch offen stand, war geschlossen. Für wie lange? Für immer?

Bis zum Fall der Mauer am 9. November 1989 sollten mehr als 28 Jahre vergehen. Ich war 47, als es endlich so weit war. Dass es je zu meinen Lebzeiten geschehen könnte, daran habe ich so wenig geglaubt wie die meisten der sechzehn Millionen Eingemauerten. Mauer und Stacheldraht, Schießbefehl, Todesstreifen, Minen, Selbstschussanlagen: Fast tausend Menschenleben hat das gefordert. Trotzdem gelang es immer wieder einigen zu fliehen, schwimmend durch die Spree, mit Booten durch die Ostsee, mit einem Ballon, mit einem Agrarflugzeug und dergleichen mehr. Die Mauer war kein „antifaschistischer Schutzwall“, wie es uns die SED einreden wollte. Die Maschinenpistolen waren nach innen gerichtet. Mit einem teuflischen Grenzsicherungssystem sollte die Abstimmung mit den Füßen verhindert werden, koste es, was es wolle. Das war vor der eigenen Bevölkerung und vor aller Welt so offensichtlich, dass es mir bis heute unverständlich ist, wie irgendjemand noch daran glauben konnte, hier werde eine friedliche, eine gerechte Gesellschaft aufgebaut, in der alles dem Wohle des Volkes dient.

Am Tag des Mauerbaus war die Idee von der Überlegenheit des sozialistischen Systems endgültig gescheitert. Die bis dahin unaufhaltsame Massenflucht in den Westen hatte dafür längst den Beweis erbracht. Vom Westen in den Osten wollte niemand.

Eine allerletzte Begründung, nach dem Mauerbau werde sich die „gesetzmäßige Überlegenheit des sozialistischen Gesell-

schaftssystems gegenüber dem kapitalistischen“ – von nun an ungestört von westlichen Saboteuren und Agenten – alsbald zeigen, führte sich selbst ad absurdum. Die Unfähigkeit der sozialistischen Planwirtschaft, den permanenten Mangel zu überwinden, wurde immer offensichtlicher, je länger die Abgrenzung andauerte.

Dass im Westen die Mär, die DDR gehöre zu den zehn führenden Industriestaaten der Welt, bis zuletzt geglaubt wurde, ist bis heute ein Rätsel. Wie konnte man 1990 ernsthaft annehmen, dass die Privatisierung der DDR-Industrie einen Gewinn abwerfen konnte? Immerhin ist eine Zeit lang in Erwägung gezogen worden, die aus dem „Volkseigentum“ erzielten Erlöse der Bevölkerung in Form von Volksaktien zur Verfügung zu stellen. Als die Treuhandanstalt ihre Arbeit erledigt hatte, stand statt des erhofften Gewinnes ein Minus von mehr als 204 Milliarden D-Mark zu Buche. Heute, im elften Jahr der deutschen Einheit, liegt die Wirtschaftskraft der neuen Länder im Vergleich zu Westdeutschland immer noch bei erst sechzig Prozent, obwohl durch viele Milliarden großzügiger Aufbauhilfe und durch den Fleiß der Menschen schon vieles zum Besseren gewendet werden konnte. Zum vierzigsten Jahrestag der Errichtung der Mauer sind nicht nur die Toten an der innerdeutschen Grenze zu beklagen. Hinzu kommen die ungezählten Schicksale im Inneren, die Opfer der Gefangenenlager, der ehemaligen KZs der Nazis, die nach 1945 weiterbetrieben wurden, die Toten, die an die hunderttausende gehen, die Inhaftierten der Stasi, die getrennten Familien, die Zwangsadoptionen, die allgegenwärtige Angst, durch ein falsches Wort in kleine oder große Bedrängnis geraten zu können, und vieles andere mehr. Das war nicht die Atmosphäre, die große Helden hervorbrachte – von wenigen Ausnahmen abgesehen. Nicht bewusster

Widerstand, sondern Unvorsichtigkeit oder Arglosigkeit waren weit öfter der Anlass für Verfolgung und Repression. Dass die allermeisten sogar leidlich ungeschoren blieben, ist keine Entschuldigung für das SED-Regime. Es spricht aber auch nicht generell gegen alle, die es gelernt hatten, sich möglichst unauffällig zu verhalten, ohne dass sie sich vereinnahmen ließen.

## Die Mauergeneration

Meine eigene DDR-Geschichte ist, wie ich meine, typisch für die Mauergeneration jenseits der SED. Als ich im August 1961 zusammen mit Mitgliedern der Studentengemeinde mein Zelt in Userin aufgeschlagen hatte, war ich nicht Student, sondern „Facharbeiter“ in einer Werkstatt der „Hochschule für Maschinenbau Karl-Marx-Stadt“ (heute wieder Chemnitz). 1960 hatte ich eine Mechanikerlehre im VEB Buchungsmaschinenwerk abgeschlossen. Kurz zuvor hatte man unter den Lehrlingen gefragt, wer nach der Lehre studieren wolle. Ich hatte mich gemeldet. Eine Bedingung müsse allerdings erfüllt werden: Wem der Staat ein Studium finanziere, von dem müsse die Bereitschaft vorliegen, diesen Staat notfalls mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Ich unterschrieb gemeinsam mit etlichen anderen eine solche Bereitschaftserklärung. Kurze Zeit später erhielt ich nicht etwa die Zulassung zum Studium, sondern die Einberufung zur Nationalen Volksarmee.

1960 gab es in der DDR noch keine allgemeine Wehrpflicht. Ich widerrief meine Bereitschaftserklärung. Das Gleiche taten zwei meiner Arbeitskollegen, mit denen ich befreundet war. Die Sache wurde als Komplott hingestellt, ich der Rädelsführerschaft bezichtigt. Es folgte eine innerbetriebliche Strafversetzung, meine beiden Kollegen mussten fortan in der Stanzeri arbeiten, ich in der Nieterei – Arbeit für Ungelernte, Lohngruppe 1.

Wir überlegten, ob wir „nach dem Westen abhauen“ sollten. Einer hat es versucht und wurde noch vor Berlin festgenommen.

Ähnliche Episoden gab es zu tausenden. Sie waren nicht gerade lebensgefährlich, und ich möchte sie nicht unbedingt zu den Opfergeschichten zählen. Wer allerdings weiß, dass und wie „Kaderakten“ in der DDR geführt wurden, der wird verstehen, welch nachhaltige Wirkung von einem einzigen „Sündenfall wider den Sozialismus“ für ein ganzes Leben ausgehen konnte. Ich habe es in der Nieterei des VEB Buchungsmaschinenwerk nicht lange ausgehalten. In der Hochschule für Maschinenbau Karl-Marx-Stadt wurden gelernte Mechaniker gesucht. Dort habe ich mich beworben und wurde genommen. Immerhin!

Ich habe später ein Ingenieur-Fernstudium in Mittweida und danach an der Hochschule, in der ich arbeitete, ein Abendstudium zum Diplomingenieur absolviert. Viele haben diesen zweiten Bildungsweg gewählt, wenn ihnen der erste verwehrt wurde. Man musste deswegen nicht Mitglied der SED oder einer Blockpartei sein, wie manche im Westen heute noch glauben.

## Die Wende

In die CDU bin ich im Januar 1990 eingetreten. Im Mai wurde ich für die CDU in die Gemeindevertretung meines Heimatortes gewählt, im September 1990 in den Sächsischen Landtag.

Ohne die tatkräftige Hilfe von Partnergemeinden in Baden-Württemberg, Bayern und anderswo wäre weder der Aufbau einer kommunalen Selbstverwaltung noch der einer Staatsverwaltung im wiedererstandenen Freistaat Sachsen in so kurzer Zeit gelungen. Es haben sich aber eben auch tausende Einheimische engagiert. Diese Frauen und Männer haben von heute auf morgen politische Verantwortung übernommen, ohne dass sie die

Möglichkeit hatten, sich darauf vorzubereiten. Dass der Aufbau Ost eine gesamtdeutsche Aufgabe ist, daran hat es bis heute nie einen Zweifel gegeben. Die nationale Solidarität der Deutschen hat funktioniert. Die Gemeinsamkeiten waren stets stärker als das Trennende. So ist es nicht erst seit heute die gemeinsame Auffassung der Mehrheit der Deutschen in Ost und West, dass der politische Extremismus zu verurteilen und zu bekämpfen ist. Das betrifft ohne jeden Zweifel den braunen Ungeist, der Deutschland und einen großen Teil der Welt schon einmal in eine bis dahin nie gekannte Katastrophe geführt hat. Unter den Nachwirkungen, zu denen die Teilung Deutschlands gehörte, haben wir noch heute zu leiden. Dass es nach 1945 in Westdeutschland gelungen ist, einen konsequenten Demokratisierungsweg zu gehen und so wieder zu einem geachteten Glied in einem vereinten Europa zu werden, das dem Frieden in der Welt dient, das ist eine Leistung, die nicht hoch genug einzuschätzen ist. Diese Einschätzung ist auch von der ostdeutschen Bevölkerung immer mehrheitlich geteilt worden, und zwar trotz einer schier übermächtigen SED-Propaganda, die gerade das Gegenteil behauptete. Es gab Gebiete in der ehemaligen DDR, in denen westliche Radio- und Fernsehprogramme nicht oder kaum empfangen werden konnten. Und trotzdem haben sich die Ostdeutschen ein im Großen und Ganzen richtiges Bild von der Bundesrepublik verschafft, und zwar nicht nur vom materiellen Reichtum, sondern auch von der Wirklichkeit des Grundgesetzes und der politischen Praxis. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich als wehrhafte Demokratie erwiesen. Rechtsextreme Parteien wie auch linksextreme Parteien und Gruppierungen wurden stets energisch in die Schranken gewiesen. Und es gab auch kaum einen Zweifel daran, dass die DDR von der Bundesrepublik Deutsch-

land schon immer als das eingestuft wurde, was sie war: ein Unrechtsregime. Dieses zu überwinden und zu beseitigen blieb das wichtigste Ziel der Deutschlandpolitik. Allerdings war das Mittel einer kriegerischen Auseinandersetzung stets ausgeschlossen. Dies war und ist nach Artikel 26 Grundgesetz verboten – eine Tatsache, über die uns die SED-Propaganda bewusst im Unklaren gelassen hatte. Vielmehr war immer die Rede von einem Angriffskrieg, der von der so genannten BRD gegen die DDR geplant sei. Ist es angesichts dessen nicht erstaunlich, dass es 1990 zu einer überwältigenden Zustimmung der DDR-Bevölkerung zum Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes kam? Ich meine, nein. Es war vielmehr folgerichtig, und es entsprach der Sehnsucht nach Freiheit, die schon am 17. Juni 1953 zum Ausdruck kam.

### Elf Jahre Einheit

Vierzig Jahre nach dem Beginn des Mauerbaus am 13. August 1961 können wir, Gott sei Dank, auf elf Jahre deutsche Einheit zurückblicken. In diesen Jahren ist Enormes geleistet worden. Die neuen Länder haben große finanzielle und personelle Hilfe erfahren.

Mitunter werde ich gefragt, was denn der Solidarbeitrag der Menschen in Brandenburg, Berlin-Ost, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gegenüber dem Westen sei. Die Antwort ist einfach: Die Ostdeutschen haben die Hauptlast dessen getragen, was Deutschland infolge des Zweiten Weltkrieges insgesamt auferlegt war. Das war ihr erster großer Solidarbeitrag. Der zweite folgte, indem Millionen Ostdeutsche nach ihrer Flucht in den Westen am Aufbau der Bundesrepublik wesentlich mitgewirkt haben. Die dritte Solidaritätsbekundung bestand darin, dass die neuen Länder ohne Wenn und Aber dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beigetreten sind. Vielleicht ist es

heute sogar notwendig, die Bürger des westlichen Teils der Bundesrepublik Deutschland daran zu erinnern, wie sehr sich das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland bisher bewährt hat. Bewährtes zu schützen und das Vertrauen in die gute Ordnung zu bewahren ist ebenfalls eine gemeinsame Aufgabe der Deutschen.

Zu diesem Vertrauen in die gute Ordnung gehört zum Beispiel die Sicherheit, dass der bundesstaatliche Finanzausgleich nach einem verbindlichen Reglement gestaltet wird. Das heißt, dass die innerdeutsche Solidarität nicht zum Instrument politischer Disziplinierung der Länder verkommt, mit dem man sich Bundesratsmehrheiten kaufen kann.

Zu den Voraussetzungen, die das Vertrauen in die gute Ordnung begründen, gehört die Sicherheit, dass die Ewiggestrigen niemals an der Macht beteiligt werden, auch wenn es rechnerisch möglich sein sollte. Das war bis 1990 in der alten Bundesrepublik der demokratische Grundkonsens, der zu keiner Zeit verlassen wurde.

### Grundkonsens wahren

Warum wird dieser Grundkonsens jetzt in Berlin – zuvor schon in Sachsen-Anhalt und in Mecklenburg-Vorpommern – verlassen, wo die Gefahren doch wesentlich größer sind als sie von den linken Randparteien in Westdeutschland ausgingen, die bei Wahlen immer nur Ergebnisse weit unter der Fünf-Prozent-Marke erreicht haben? Warum werden die Nachfolger der SED, die für Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl verantwortlich war, plötzlich hofiert – zumal sie sich nicht geändert haben, sondern den Mauerbau immer noch verteidigen und heute schon wieder die Forderung nach Verstaatlichung der Großbetriebe erheben?

Die jüngste Vergangenheit, die Verbrechen und Untaten, die unter Berufung auf eine sozialistische Welterlösungs-

ideologie begangen wurden, die sollen bereits im zwölften Jahr nach dem Mauerfall vergangen, vergessen, vorüber sein? Muss man nicht gerade im vierzigsten Jahr des Gedenkens an den Beginn des Mauerbaus darüber reden, damit es nicht in Vergessenheit gerät? Muss man nicht weiterhin fragen, warum das alles so kommen konnte? Muss man nicht gerade der Jugend vermitteln, wohin es führen kann, wenn man einfach zur Tagesordnung übergeht? Noch leben einige der Opfer des Sowjet- und DDR-Regimes, die aus eigenem Erleben berichten können. Zum Beispiel Werner Pfeiffer, geboren 1929 in Estland. 1941 kam er mit seinen Eltern in den damaligen Warthegau. 1945 zur Zwangsarbeit in den hohen Norden deportiert, lebte er nach der Entlassung in Dahme (Mark). Dort wurde er 1947 erneut von den Sowjets verhaftet, weil er der Mitwisserschaft bei einer Flugblattaktion bezichtigt worden war. Er wurde zu zehn Jahren Arbeitserziehungslager wegen „antisowjetischer Propaganda“ verurteilt. Cottbus, Sachsenhausen, Untermaßfeld, Brandenburg und Waldheim sind seine Stationen auf dem Weg durch die Hölle, die ihm im Namen des Sozialismus bereitet worden war.

### Wegbereiter einer Meinungsdictatur

Werner Pfeiffer schreibt in seinem kürzlich herausgegebenen Buch *Abgeholt – Chronik einer geraubten Jugend*: „Oft werde ich gefragt, ob ich angesichts dessen, was ich durchgemacht habe, keinen Hass auf die empfinde, die uns damals dieses Schicksal eingebrockt haben. Das kann ich mit gutem Gewissen verneinen. Denn diejenigen Spitzel und Denunzianten, die damals erwachsen waren, sind schon lange tot. Die sich als Jugendliche zu Spitzeldiensten missbrauchen ließen, waren sich sicherlich nicht im Klaren darüber, was sie taten. Ich habe ihnen vergeben.“

Nur einer Sorte Menschen kann und will ich nicht vergeben: Es sind diejenigen, die im Westen nie ein totalitäres Regime am eigenen Leibe erfahren haben, die den Sozialismus nur aus Büchern kennen, aber in ihrer ideologischen Verblendung jeden zum ‚Faschisten‘ stempeln, der vor linkem Totalitarismus warnt. Diese Anwälte der *political correctness* sehe ich als Wegbereiter einer Meinungsdictatur an, die über kurz oder lang zwangsläufig zu neuen politischen Prozessen und zu Konzentrationslagern führen muss, in denen Andersdenkende zum Schweigen gebracht werden. Auf sie fällt das Wort zurück, das sie selbst in Bezug auf den Nationalsozialismus gern im Munde führen: ‚Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.‘“

Werner Pfeiffer ist unmittelbar nach seiner Entlassung aus der Haft in den Westen geflohen. Sein Entlassungsschein vom 16. Januar 1954 enthielt die Angabe: „Aus der StVA (Strafvollzugsanstalt) Waldheim nach Potsdam entlassen.“ Der Weg dorthin führte ihn über Berlin. Die S-Bahn vom Berliner Ostbahnhof nach Potsdam fuhr damals noch durch Westberlin. Werner Pfeiffer stieg am Bahnhof Zoo aus und war damit im freien Teil Deutschlands. Diesen Weg haben bis zum 13. August 1961 hunderttausende gewählt. Zuletzt waren es etwa 30 000 im Monat, die über Westberlin in den Westen gingen.

Am 3. Juli 2001 hat das *Neue Deutschland* eine Erklärung des PDS-Parteivorstands zum 13. August 2001 veröffentlicht. Die Überschrift lautet: „Die PDS hat sich vom Stalinismus der SED unwiderprüflich befreit.“ In dieser Erklärung heißt es unter anderem: „Die Mauer war die Antwort auf den drohenden Exodus der DDR und entsprach dem in der Berlin-Krise gefundenen Arrangement der Großmächte über die anhaltende Aufteilung der Welt bei Vermeidung eines neuen Weltkrieges.“

Wem die Argumente der SED von 1961 noch in den Ohren klingen, dem müssen bei dieser Formulierung des PDS-Partei-vorstands alle Alarmglocken läuten. Denn es handelt sich um das gleiche Erklärungsmuster: Die Mauer diene dem Frieden und sie war notwendig zur Erhaltung der DDR. Das heißt, dass in der PDS immer noch die Meinung vorherrscht, die DDR war im Grunde eine gute Idee, nur seien eben ein paar Fehler gemacht worden bei der Verwirklichung.

### Alte Schreckgespenster

„Die Mauer war der in Beton gegossene Nachweis der Unterlegenheit des stalinistisch geprägten Sozialismustyps in der DDR gegenüber dem realen damaligen Kapitalismustyp in der Bundesrepublik“, heißt es an anderer Stelle der erwähnten Erklärung des PDS-Partei-vorstandes zum 13. August 2001. Das bedeutet doch nichts anderes, als dass die PDS durchaus andere Sozialismustypen für möglich hält, die den Mangel der Unterlegenheit nicht aufweisen. Zu fragen wäre natürlich auch, was die SED-Nachfolgepartei unter dem „realen damaligen Kapitalismustyp in der Bundesrepublik“ versteht. Ist damit das von der SED damals propagierte Schreckgespenst der „kapitalistischen BRD“ gemeint? Was hat sich eigentlich in der Bundesrepublik so wesentlich verändert, dass man heute von einem ganz anderen „Kapitalismustyp“ sprechen könnte? Es ist doch einzig und allein die Tatsache, dass sich nach dem Fall der Mauer jeder selbst ein Bild von dieser Bundesrepublik machen kann, und das ist nun mal ein ganz anderes Bild, als es die SED-Propaganda gezeichnet hat.

### Beruhigungspillen der PDS

Die PDS sieht sich im vierzigsten Jahr nach dem Mauerbau genötigt, lang und

breit zu erklären, warum dieser damals aus ihrer Sicht nötig war. Sie bedauert gleichzeitig die Opfer, und sie verspricht, dass sich die negativen Seiten des so genannten real existierenden Sozialismus mit ihr niemals wiederholen werden. Dabei ist es offensichtlich, dass der Auslöser für die Erklärungswut weniger das historische Datum ist, sondern vielmehr das Bestreben, alsbald an der Macht im Berliner Senat beteiligt sein zu können. Den Parteien, die sich für ein Bündnis mit der PDS hergegeben haben, soll nachträglich eine Beruhigungspille verabreicht werden. Die PDS-Erklärung zum 13. August 2001 ist allerdings mehr als verräterisch. Ihr Schlusssatz lautet: „Die PDS hat sich vom Stalinismus der SED unwiderruflich befreit.“ Sie hat sich also nur vom Stalinismus der SED, nicht aber von der Ideologie der SED befreit. Eine generelle Abkehr von der SED und ihren Zielen kann sich die PDS schon deshalb nicht leisten, weil die Mehrheit ihrer Mitglieder der DDR nachtrauert und den Mauerbau bis heute als Friedenswerk verteidigt.

Das alles in Wort und Schrift ausdrücken zu können gehört zu den guten Erfahrungen, die ich seit dem Herbst 1989 gemacht habe. Trotzdem kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, als sei es immer noch oder schon wieder etwas Verbotenes, im vierzigsten Jahr nach dem Mauerbau die angebliche Läuterung der SED-Nachfolgepartei in Frage zu stellen, die von den SED-Machthabern und den Sowjets begangenen Verbrechen beim Namen zu nennen, nach der Verlässlichkeit des demokratischen Grundkonsenses zu fragen oder zu bekennen, dass man sich in der DDR nicht wohl und geborgen gefühlt hat.

Noch habe ich die Hoffnung, dass ich mich nicht eines Tages dafür entschuldigen muss.